

Es schreiben diesmal . . .

JUPP ANGENFORT
Düsseldorf, Mitglied des Präsidiums des PV
der DKP

IAIN GALBRAITH
Wiesbaden, Lehrer

WILLI GERNIS
Bremen, Mitglied des Präsidiums des PV der
DKP, Mitherausgeber der „Marxistischen
Blätter“

PETER HIEDL
Essen, wiss. Angestellter

HERMANN KOPP
München, Publizist

ALFRED KOSING, Prof. Dr.
Zeuthen, ord. Mitglied der AdW der DDR

HERBERT Mies
Düsseldorf, Vorsitzender der DKP

KLAUS PETERS, Dr.
Köln, Philosoph

JÜRGEN REUSCH, Dr.
Bad Homburg, Leiter des ZMF (beim
IMSF)

HANS J. SANDKÜHLER, Prof. Dr.
Bremen, Hochschullehrer

ROBERT STEIGERWALD, Dr.
Eschborn/Ts., Chefredakteur und
Mitherausgeber der „Marxistischen Blätter“

CORNELIA TELLER, Dr.
Darmstadt, Informatikerin und Biologin

JENNY UDVARDY
Mainz, Journalistin

MICHEL VILLON
Paris, Journalist

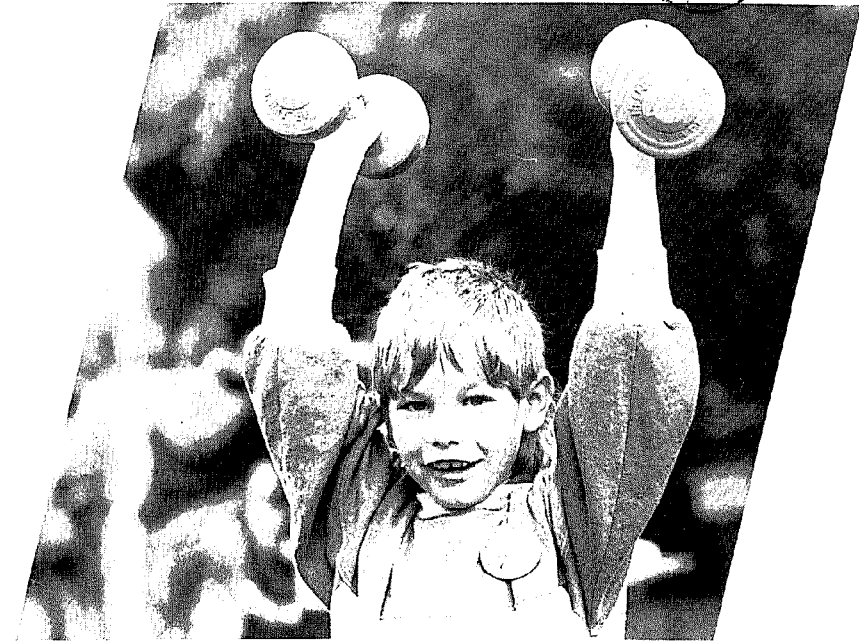
PETER WAHL
Frankfurt am Main, Antimperialistisches
Solidaritätskomitee (ASK)

MICHAEL WEINGARTEN
Bodenheim/Rhh., Doktorand

MARXISTISCHE BLÄTTER 8/9-88

SPORT: Bedürfnisse in Bewegung – Vereine
und Fitnesscenter – Öffentliche Gelder und
Kommerz – Feministische Bewegungskultur –
Seoul – Der Ball bleibt rund – Perestroika

FOTO: SCHOLTZ



SPORT IM UMBRUCH: BEWEGUNG UND POLITIK

außerdem: Wirtschaftsförderung – Sozialpolitik –
er subjektive Faktor – Stalin 1939/41 – Prag 68 –
beitslose in Bewegung – Alternative Verteidigung –
hwule und Lesben in der DDR

UMFRAGE-
ERGEBNISSE

1283

DER SUBJEKTIVE FAKTOR

GEORG FÜLBERTH

Im Dezember 1987 habe ich in den „Marxistischen Blättern“ die These aufgestellt, daß kommunistische Parteien in langdauernden nichtrevolutionären Perioden nicht als Massenorganisationen denkbar sind. Daraufhin wurde mir zuweilen der Vorwurf gemacht, ich liefere eine Apologie ihres Zustandes, den ich angeblich als alternativlos darstelle. Nun fordere ich in meinem Artikel aber eine „notwendige Transformation“. Ihr muß die Erkenntnis des realen Zustandes dieser Parteien vorausgehen. Dabei darf es nicht bleiben, sondern aus der Diagnose müssen Konsequenzen gezogen werden.

SCHNEE VON GESTERN: DAS PROBLEM DER SOZIALREFORMISTISCH-RADIKAL- DEMOKRATISCHEN MASSENPARTEI

Als 1968 die DKP neu konstituiert wurde, geschah dies mit dem impliziten Anspruch, die zweite linke Massenpartei neben der SPD zu werden. Über den Typus der neuen Organisation war damit noch nicht viel ausgesagt. Die offensichtlich vorhandene Unklarheit in diesem Punkt ließ einige Reminiszenzen an die alte KPD der Thälmann-Zeit zuweilen deutlich hervortreten. Dies galt wohl vor allem für das Fühlen und Denken vieler derjenigen Mitglieder, die bis 1956 und dann auch in der Illegalität Kommunistinnen und Kommunisten gewesen waren. Die jetzt neu hinzukommenden Genossinnen und Genossen waren häufig von anderen Vorstellungen geprägt. Unter ihnen befanden sich – im Vergleich zu früher – unverhältnismäßig zahlreiche Intellektuelle. Viele der neuen Mitglieder – auch Nichtakademiker – waren von der Studentenbewegung beeinflusst worden. Auch sie sahen die DKP häufig als künftige Massenorganisation, jedoch kaum noch im Sinne der aus der Weimarer Republik überkommenen Traditionen. Wichtiger erschien vielen, daß zu Beginn der sozialliberalen Koalition ganz offensichtlich ein Bedarf nach einer neuen, reformsocialistisch-radikalde-

mokratischen Partei bestand. Die Jungsozialisten wollten die SPD in diesem Sinne umformen, und in dem Maße, in dem sich das als aussichtslos erwies, schien die DKP eine Chance zu haben, ein solches Projekt zu verwirklichen. Tatsächlich bestanden im kapitalistischen Europa bereits einige solcher Parteien oder bildeten sich in dieser Zeit gerade heraus. Dazu gehörten (und gehören) die Venstresocialister in Dänemark, die POCH in der Schweiz und die Radikale Partei in Italien. Auch die Linkspartei-Kommunisten in Schweden kann diesem Parteityp zugerechnet werden. (Der Begriff „Massenpartei“ ist hier nur in einem relativen Sinne zu verstehen. Er bezeichnet eine Resonanz, die für parlamentarische Vertretungen – bei unterschiedlichen Wahlgesetzen – ausreicht.)

Auf die neue DKP richteten sich ganz offensichtlich ähnliche Erwartungen insbesondere mancher Wähler und Mitglieder aus der Intelligenz. Sie ist diesen Weg nicht gegangen. Allerdings ist eine solche Perspektive nicht bewußt negiert, sondern eher stillschweigend vermieden worden. Ob diese Transformation überhaupt sinnvoll gewesen wäre, ist bis heute ebenso unklar wie die andere Frage: ob die DKP tatsächlich als kommunistische Partei eine Chance auf Massenverankerung gehabt hätte, wenn sie sich in eine reformsocialistisch-radikaldemokratische Partei umgeformt hätte oder in einer solchen aufgegangen wäre. (Wolfgang Abendroth allerdings hielt 1968 diesen Weg, der dann nicht beschritten wurde, für den richtigen.)

Nachdem eine solche Variante sich für die westdeutschen Kommunisten erledigt hatte, blieb das Problem, welchen Partei-Typus die DKP denn in einer eindeutig nichtrevolutionären Periode darstellen sollte, bis heute ungelöst. Die radikaldemokratische Massenpartei mit einer sozialistischen Komponente, für welche seit Ende der sechziger Jahre sich allmählich ein Potential zusammenfand, wurde dann Ende der siebziger Jahre mit den „Grünen“ gegründet.

FÜR EIN EHRLICHES VERHÄLTNISS ZU DEN SOZIALISTISCHEN LÄNDERN

Ich habe in meinem Artikel vom Dezember 1987 unter Hinweis auf Großbritannien und die Niederlande festgestellt, daß

eine Distanzierung von den sozialistischen Ländern den kommunistischen Parteien keineswegs automatisch Erfolge sichert. Darum soll es auch in den folgenden Ausführungen nicht gehen. Allerdings erscheint es mir dringend notwendig, daß die kommunistischen Parteien ein reflektiertes Verhältnis zu den sozialistischen Ländern gewinnen: nicht unter dem Gesichtspunkt etwaiger Stimmengewinne (eine solche opportunistische Hoffnung ginge ins Leere), wohl aber zum Zweck einer umfassenden und klaren Wirklichkeitswahrnehmung, die ihrerseits eine Voraussetzung sinnvollen operativen Handelns ist. Ich bin im übrigen davon überzeugt, daß die großen kommunistischen Parteien, die jede Distanzierung von den sozialistischen Ländern ablehnen, aufgrund einer genauen Analyse der Situation in ihren eigenen Gesellschaften und in den Staaten des Sozialismus zu dieser Haltung gelangt sind. Für einen griechischen, zypriotischen oder einen portugiesischen Genossen (bzw. eine Genossin) ist es evident, daß in der UdSSR gerade einige derjenigen Probleme erfolgreich gelöst wurden, welche in Griechenland, Portugal oder auf Zypern noch nicht bewältigt sind. Hier erwächst das Bekenntnis zum realen Sozialismus nicht aus einem abstrakten Treuebekenntnis oder aus einer Verdrängung der Wahrnehmung von Mängeln. Diese spielen eine vergleichsweise geringe Rolle dort, wo unmittelbare Not ein Nachholen von recht frühen Stufen der Modernisierung erfordert. Es handelt sich um ein durchaus reflektiertes positives Verhältnis. Es kann allerdings durch die reale Entwicklung der Gesellschaft dieser halb-peripheren kapitalistischen Länder wieder in Frage gestellt werden oder stagnieren. Dann ist eine Neuformulierung notwendig, nicht um nun plötzlich aus Weiß Schwarz zu machen, sondern um das eigene positive Verständnis des realen Sozialismus tiefer zu begründen. Für die DKP ist dies schon längst überfällig.

Unsere Position steht zunächst einmal fest: Wir halten in uneingeschränkter Solidarität zu den sozialistischen Ländern. In einem Land, das derartig vom Antikommunismus geprägt ist wie die Bundesrepublik, hat eine solche Festigkeit einen hohen moralischen Wert. Sie ist eine Absage an jeden Opportunismus und macht unmißverständlich

lich klar, daß die DDR, die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten unserer Meinung nach entscheidende Schritte auf einem Weg gegangen sind, den wir ebenfalls zurücklegen wollen. Das Bekenntnis zu den sozialistischen Staaten ist ein Stück Opposition gegen die politischen, sozialen und ideologischen Zustände in der Bundesrepublik, in ihm drückt sich individueller Stolz und persönliche Unbeugsamkeit aus, welche viele Genossinnen und Genossen auch in Auseinandersetzungen auf anderen Gebieten prägen. All das soll nicht in Frage gestellt werden.

Aber es reicht nicht aus. Denn tatsächlich wissen wir über die sozialistischen Länder gar nicht so viel, oder – was schlimmer ist – unsere wirklichen Kenntnisse stimmen mit unseren öffentlichen Äußerungen nicht überein. Im letzteren Falle ist unsere Haltung nicht ehrlich. Unsere Sozialismus-Propaganda folgt der Maxime, grundsätzlich nicht von den Thesen und Informationen über die sozialistischen Länder abzuweichen, die von deren politischen Führungen selbst verbreitet werden. Diese aber haben Zwecke, welche mit der publizistischen Unterrichtung der Menschen in der Bundesrepublik nicht identisch sind. Hinzukommt, daß – wie Andropow einmal feststellte – die sozialistischen Gesellschaften oft über sich selbst nicht optimal informiert sind, denn die einschlägigen Wissenschaften befinden sich dort zuweilen in einem schlechten Zustand. Die großen Medien der Bundesrepublik verhalten sich in ihren Wertungen gegenüber den sozialistischen Ländern prinzipiell feindselig oder doch zumindest herablassend und abwertend. Aber ihre Faktendarstellungen sind häufig sachhaltiger als die Berichte der Presse dieser Staaten selbst. Das heißt aber, daß wir, wenn wir unsere bisherige Verhaltensweise beibehalten, grundsätzlich schlechter informieren als unsere Gegner. Selbstverständlich beeinträchtigt dies auch die Plausibilität unserer Wertung. Bis heute haben wir uns kein eigenständiges Bild der sozialistischen Gesellschaften erarbeitet. In Konfliktsfällen flüchten wir in bekenntnishaft Formeln, die niemanden überzeugen können. Wir haben es bislang noch nicht einmal vermocht, harte Maßnahmen und schwer verständliche Verhaltensweisen unserer Genossinnen und Genossen in der UdSSR, der DDR und an-

Fülberth: DKP

deren sozialistischen Ländern in Verbindung mit ihrer Unterlegenheit in zahlreichen Punkten der Systemauseinandersetzung zu bringen. Ich selbst akzeptiere diese Staaten mit ihren Fehlern, gerade weil ich weiß, daß sie aufgrund historischer und sich aktuell immer wieder einmal reproduzierender Ursachen ökonomisch und zuweilen auch politisch schwach sind. Dies entschuldigt subjektive Mängel nicht, aber es erklärt diese. In unserer kommunistischen Presse vermisse ich eine solche Argumentation. Deshalb wirkt auf viele Genossinnen und Genossen die eine oder andere Enthüllung, die jetzt aus der Sowjetunion herüberkommt, wie ein Schock. Noch fehlt uns die unbefangene Einsicht, daß wir von den sozialistischen Ländern zweierlei lernen können: nämlich, wie man es macht, aber auch: was man anders machen muß. Sie sind nach wie vor Experimente und müssen als solche beurteilt werden.

Der Zeitpunkt für die Erarbeitung eines eigenständigen Bildes der sozialistischen Länder ist günstig. In Situationen, in denen sie unter schärfstem internationalen Druck standen, war reflexhafte Solidarisierung häufig die einzige sinnvolle Lösung. Gegenwärtig, da eine politische Teilentspannung spürbar ist, könnten wir unser Sozialismusbild qualifizieren, was uns in künftigen Konfliktsituationen zugutekäme.

Der bisherige Zustand hat aber dazu geführt, daß wir in wichtigen Sachpunkten der politischen Auseinandersetzung hinter dem in progressiven Bewegungen der Bundesrepublik erreichten Stand der Problemwahrnehmung weit zurückgeblieben (bzw. diesen erst sehr spät - für eine aktive Teilnahme zu spät - erreichten), weil wir auf Positionen beharrten, die in den sozialistischen Ländern weniger reif entwickelt waren. Dies galt (oder gilt noch) zum Beispiel für die Atomkraftfrage, aber auch für die Frauenthemen.

MARKSISTISCHE KLEINGRUPPEN - ZUKUNFTSFOSSILIEN?

Etwa zehn Jahre schon gibt es in der Bundesrepublik eine radikaldemokratische Massenpartei mit einem - wenngleich schwachen - sozialistischen Flügel, die Grünen. Daß die DKP an ihr keinen Anteil haben wollte (selbst falls man sie, was zweifel-

haft ist, gelassen hätte), steht spätestens seit den Diskussionen im Vorfeld der Hamburger Bürgerschaftswahl 1978 fest. Es ist völlig verfehlt, das, was damals nicht durchgeführt wurde, nunmehr gleichsam „nachspielen“ zu wollen. Dies gilt meiner Meinung nach für den Versuch der Friedensliste, aber auch für manche Position in der gegenwärtigen innerparteilichen Diskussion. Hier werde ich den Eindruck nicht los, als drängten einige Genossinnen und Genossen auf eine politische Position, die längst besetzt ist. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als uns jetzt in der Organisationsrealität links von den Grünen zurechtzufinden. Zu ihr gehört die Existenz kleiner marxistischer Gruppen ohne relevanten Masseneinfluß. Die DKP ist die größte von ihnen. Wollte man eine Skala aufstellen, welche die quantitative Stärke angibt, dann wären unter diesem Gesichtspunkt der Bund Westdeutscher Kommunisten und die Vereinigte Sozialistische Partei wohl die kleinsten Zusammenschlüsse. Irgendwo zwischen ihnen und uns sind die Sozialistischen Studiengruppen (SOST) einzuordnen. Sie bleiben marxistisch orientiert und haben sich organisatorisch der Sozialdemokratie zugeordnet. Der Kommunistische Bund (KB) ist zwar organisatorisch selbständig geblieben, ging aber ein inhaltlich entrüstisches Verhältnis zu den „Grünen“ ein: Sein Publikationsorgan „Arbeiterkampf“, das ein schwankendes, meist aber bemerkenswert hohes Niveau hat, ist auch auf die Reflexion der Willensbildung in dieser Partei eingestellt. Inzwischen zeichnet sich recht deutlich ab, daß die „Grünen“ stärker auf den Kommunistischen Bund einwirken als dieser auf sie. Dies zeigte sich schon früh an Spaltungsprozessen im KB. Es mag sein, daß die Organisationschwäche und quantitative Geringfügigkeit des Kommunistischen Bundes einen solchen Prozeß unausweichlich machte. Das würde allerdings bedeuten, daß diese Grün-Einfärbung ohne Rot-Eintausch nicht zwangsläufig war, also vielleicht ausgeblieben wäre, wenn der Kommunistische Bund von Anfang an eine größere eigene Masse in die Auseinandersetzung hätte hineinführen können.

Die DKP ist keine entrüstischen Beziehungen zu anderen Parteien eingegangen, weder zu den „Grünen“ noch zur SPD. Ihre Wirksamkeit sucht sie in außerparlamentarischen

Bewegungen und Organisationen: durch Mitwirkung ihrer Mitglieder in gewerkschaftlichen Kämpfen und vielfältigen sozialen Bewegungen. Diese Feststellung bedeutet keineswegs automatisch, daß sie in solchen Aktivitäten ihre eigene Identität betätigt. Es kann sich auch um einen Prozeß der inhaltlichen Profil-Auflösung handeln, in dem Mitglieder der DKP die Ziele und Handlungsweisen ihrer Umgebung vollständig annehmen, ohne etwas Eigenes - außer dem persönlichen Fleiß und der individuellen Begabung - beizutragen. Denn die sozialen Bewegungen sind ja keineswegs hegemoniefrei. Die Gewerkschaften sind stark sozialdemokratisch bestimmt, die meisten „neuen sozialen Bewegungen“ aber grün. Wo ist da jeweils die Spezifik der DKP?

Damit komme ich zum nächsten Punkt, er ist einer der wundensten.

NEUE FRAGEN. ALTE STIEFEL?

Neuerdings wird in unseren Reihen den sogenannten „Globalen Problemen“ erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt. Ob die Formulierung „Menschheitsfragen“ allemal glücklich ist, weiß ich nicht. Es könnte sein, daß durch sie mehr zugedeckt als erhellt wird. Ohnehin besteht wohl gegenwärtig die Gefahr, daß die bloße Nennung von „Menschheitsproblemen“ nur großartig klingt und nicht als Herausforderung zu der harten Arbeit verstanden wird, an den allerwichtigsten Fragen die eigene Spezifik zu bewahren und weiterzuentwickeln. In unseren Reihen war das globale Denken in der Vergangenheit ohnehin häufig schon stärker verbreitet als das detaillierte und präzise. Bleibt das so, dann kommt für das lokale Handeln nicht viel heraus. Wenn linke Beobachter uns vorhalten, wir stellten uns als „Partei der Menschheit“ dar (KONKRET 4/1988), dann stimmt etwas nicht. Unsere Chance liegt ja wohl woanders: Falls die DKP sich gut entwickelt, dann gewinnt sie an Einfluß beim kämpfendem Teil der Marginalisierten, in der kritischen Intelligenz sowie bei denjenigen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, welche autonome Interessenvertretung praktizieren. In diesen drei Bereichen hat sie kein Monopol, sondern sie steht in Konkurrenz zu linken Sozialdemokraten und Öko-Sozialisten. Von diesen unterscheidet sie sich aktuell vor al-

DISKUSSION



FOTO: ROSE

tem durch ihre organisationspolitische Entscheidung, also durch den Verzicht auf die Integration in größere, nichtsozialistische Parteien (SPD oder Grüne). Gegenwärtig bedeutet das eine Beeinträchtigung der Wahlchancen.

Von „Menschheit“ kann in diesen Konstellationen überhaupt nicht die Rede sein, auch die „globalen Probleme“ erschließen sich in der Praxis über das Detail.

Einige der „Neuen Fragen“ sind ja auch gar nicht „global“, sondern betreffen die spezifische Interessenvertretung von Gruppen, die nicht mit Klassen identisch sind. Dies gilt u.a. für die neuen Emanzipa-

1. Von „Entrismus“ spricht man, wenn eine sozialistische Gruppe unter Wahrung ihrer politischen Identität innerhalb einer größeren Partei, der sie beitreibt, zu wirken versucht. Da der KB organisatorisch selbständig blieb, ist dieser Begriff auf seine Taktik nicht im strengen Wortsinne, sondern nur näherungsweise anwendbar.

Fülberth: DKP

tionskämpfe der Frauen, für die Organisation von alten Menschen bei den „Grauen Panther“, die politischen Aktivitäten von sexuellen Minderheiten, überhaupt für die meisten sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“.

Die gesamte Problematik einerseits der „Globalen Probleme“, andererseits der Interessenvertretung von Betroffenengruppen quer zu den Klassenfronten ist bislang erst so wenig materialistisch bearbeitet worden, daß Übereinstimmungen zwischen uns und anderen Kräften oft aus unserem Heroinfallen auf idealistische Flausen resultieren. Diese stellen sich zum Beispiel dann ein, wenn man die sogenannten „Globalen Fragen“ aus ethischen Postulaten ableitet, die eben erfüllt werden müßten, zum Beispiel: „Friede mit der Natur“, „Überleben der Menschheit“. Womit wir es aber in Wirklichkeit zu tun haben, ist ein tiefer Umbruch in Form und Inhalt der produktiven Arbeit, verbunden mit neuen räumlich und zeitlich nicht mehr begrenzbar Risiken im Prozeß des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur unter den Bedingungen eines kapitalistisch dominierten Weltmarktes, der auch die sozialistischen Länder tief erfaßt. (Wer äußerste Abstraktionen liebt, kann unter den Gesichtspunkt des Mensch-Natur-Verhältnisses sogar die Frage des Atomkrieges subsumieren.) Aus diesen Tatsachen resultieren dann tatsächlich ein paar Handlungsmaximen: Kampf um die Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen und gegen das Wettrüsten, die Durchsetzung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, Umwälzung der alten Geschlechterverhältnisse, Senkung der Arbeitszeit bei Sicherung sinnvoller Arbeit für alle. Die Formulierung dieser Ziele ist nicht ausschließliches Eigentum der kommunistischen Parteien. Im Gegenteil: Oft kamen andere viel früher darauf, ohne eine materialistische Ursachen-Analyse vorgenommen zu haben. Fast alle diese Punkte sind von nahezu allen nichtkommunistischen Parteien in der Bundesrepublik ebenfalls schon formuliert worden, immer versehen mit den jeweiligen Spezifika dieser Formationen. Um nur drei Beispiele zu nennen: Man muß unterscheiden zwischen einer kapitalistischen und einer (noch nicht realisierten) sozialistischen Ökologie; es gibt mittlerweile sogar konservative Varianten der selbstbewußten Vertretung von

Fraueninteressen; Friedenssicherung kann sich verbinden mit dem Versuch einer Stabilisierung oder gar Ausdehnung kapitalistischer Hegemonie. Aufgabe der kommunistischen Partei darf nicht sein, den Minimalkonsens zwischen den Bestrebungen der verschiedenen Parteien und Bewegungen in sogenannten „Menschheitsfragen“ oder in den Themen der „neuen sozialen Bewegungen“ zu verkörpern. Sie muß vielmehr diese gesamten Probleme marxistisch durchdenken, mit der historisch-materialistischen Kritik der Politischen Ökonomie analysieren und auf dieser Basis ihre spezifischen, das heißt: revolutionären Lösungsvorschläge durchzusetzen versuchen. Seriöse ökologische Szenarien legen nahe, daß eine Stabilisierung der Biosphäre mit ausschließlich marktwirtschaftlichen Instrumenten kaum möglich sein wird. Allenfalls kann die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen dadurch verlangsamt werden, und auch dies wohl nur für die mächtigsten imperialistischen Staaten. Der kommunistische Vorschlag muß das gerade Gegenteil kapitalistischer Sanierungsversuche sein.

Dasselbe Problem hatten einst schon die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Die „Soziale Frage“ des Zeitalters der Industriellen Revolution war von dem Liberalen Malthus und von dem Konservativen Lorenz von Stein auf deren je eigene Weise schon behandelt worden, ehe Marx sich ihr zuwandte. Läßt man sich auf eine pauschale Formulierung undifferenziert ein, dann kann man sogar für die damalige Zeit sagen, daß alle dasselbe wollten: die Beseitigung der Massenarmut. Aber es wäre unsinnig, diese Gemeinsamkeit für das Wesentliche zu halten. Der Historische Materialismus schloß die Lösungen der Konservativen und der Liberalen aus. Das hat nicht verhindert, daß deren Ansätze zur Behebung der „Sozialen Frage“ seither in der kapitalistischen Welt weit größeren Einfluß hatten als Marx. Dessen Analyse blieb dennoch zutreffend, denn die Besserstellung und weitgehende „Befriedung“ von Teilen der Arbeiterklasse gelang ja nur in wenigen imperialistischen Ländern, während das Allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation sich gleichzeitig tagtäglich bestätigt.

Ebenso werden die spezifisch marxistischen Untersuchungen und Lösungsvor-

schläge der brennenden Gegenwartsfragen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts keine Gemeinsamkeit mit konservativen, sozialdemokratischen, liberalen und „grünen“ Interpretationen und Strategien haben können.

Hier ist dann vielleicht auch die geeignete Stelle der Argumentation, um von einem inflatorisch gewordenen Gebrauch der Rede von einem Zusammenhang zwischen Reform und Revolution abzuraten. Ein solcher Konnex besteht nicht allezeit und an jedem beliebigen Ort, und er kann auch nicht durch das Zauberwort „Dialektik“ oder bloßen guten Willen allerwege hergestellt werden. Spricht man dennoch davon, ohne eine genaue Analyse der Situation vorzunehmen, darf man sich nicht wundern, wenn niemand zuhört, denn viel besser als Revolutionsphrasen ist das auch nicht.

Die aktuelle Situation der Kommunistinnen und Kommunisten bei der Bewältigung ihrer Aufgabe ist sehr schwierig, da sie in fast allen der „Neuen Fragen“ einen Kompetenzrückstand haben. Eine Ausnahme bildet lediglich das Friedensproblem. Wir müssen uns eingestehen, daß wir auf anderen Feldern die Entwicklung um circa 15 Jahre verschlafen haben. Dies gilt nicht für einzelne Genossinnen und Genossen, die sich in wichtige Fragen – etwa der Energiepolitik – rechtzeitig tief einarbeiteten. Manche von ihnen haben wir verloren, weil die Partei als Ganze lange Zeit die Probleme dieser Mitglieder nicht mitgedacht hat, so daß sie in anderen Formationen mehr kompetente Gesprächspartner und Mitstreiter fanden. Verheerend war es in der Kernkraftfrage. Für die Auseinandersetzung mit der Gentechnologie muß uns das eine Lehre sein. Ein Thema, bei dem wir schnell präsent sein müssen, kann der Kampf gegen die Dominanz des Autos in der Verkehrspolitik werden.

Die Ersten sind wir auch da schon wieder nicht. Der wissenschaftliche und operative Rückstand der Partei hat nicht in erster Linie subjektive Ursachen. In allen nichtkommunistischen Parteien, soweit sie auf Bundes- und Länderebene parlamentarisch vertreten sind, beobachten wir – bis in die Kommunen hinein – eine große Massierung von Sachverstand für die verschiedenartigsten Einzelprobleme – nicht nur in den professionellen Stäben,

DISKUSSION

sondern auch durch ehrenamtlich tätige Mitglieder und Sympathisanten. Viele kompetente Menschen sehen hier ein Wirkungsfeld, nehmen die Chance wahr, ihre eigenen Interessen durch sachkundige Politisierung im Rahmen einer etablierten Partei – dazu gehören unter diesem Aspekt inzwischen auch die „Grünen“ – wahrzunehmen. Wer als Parteilose(r) einen gescheiterten Vorschlag zu machen hat, wird sich in der Regel damit nicht an die DKP wenden, denn er/sie weiß, daß deren Durchsetzungsmacht die kleinste ist, ja ihr Engagement unter den Bedingungen des Antikommunismus im Einzelfall sogar zuweilen kontraproduktiv wirkt. Gescheite Vorschläge stärken aber immer auch diejenigen, an die sie gerichtet werden (falls sie sie qualifiziert aufgreifen.) Durch staatliche Parteienfinanzierung, Mandate und Stiftungen verfügen die etablierten Parteien außerdem über große Geldmittel. Zugespißt ausgedrückt: in den in den Parlamenten vertretenen nichtkommunistischen Organisationen steckt ein Teil der intellektuellen und ökonomischen Potenzen eines weit entwickelten kapitalistischen Landes. Dadurch wird ein relativ hoher Grad an Verwissenschaftlichung von Politik erreicht. Wie eine von der Realisierungsmöglichkeit aktueller individueller und kollektiver Hoffnungen sowie von allen diesen Quellen abgeschnittene kommunistische Partei diese Situation meistern soll, müßte Gegenstand gesonderter Überlegungen sein. Dies ist eine neue Situation im Vergleich zu früheren Perioden, als Politik mit einem geringeren Aufwand an Verwissenschaftlichung betrieben werden konnte. Das Problem ist hiermit nur genannt, aber nicht gelöst, wenn ich im folgenden das Notwendige benenne, ohne zu sagen, wie es auch zur Möglichkeit werden kann:

Wir stehen vor einer ideologischen Doppelaufgabe. Erstens benötigen wir eine Art „nachholende Modernisierung“, in der wir uns das aneignen, was in Fragen der Technologie, der Ökologie und der Frauenpolitik von anderen vor uns erarbeitet wurde. In dieser Phase ist die Gefahr des schieren Nachlaufens und des Verlierens der eigenen Spezifik tatsächlich groß. Die Anstrengung des Aufholens muß sich deshalb von Anfang an mit der Erarbeitung eigener, kommunistischer Positionen verbinden. Wir brauchen ein Kommunistisches Manifest

Fülberth: DKP

des Einundzwanzigsten Jahrhunderts. Das ist mehr als eine (gewiß für aktuelle Reform- und Abwehrkämpfe ebenfalls sinnvolle) Erklärung „Bundesrepublik 2000“. Eine solche Neubegründung unserer theoretischen Plattformen und unserer praktischen Tätigkeit ist undenkbar ohne eine tiefe Transformation der Partei selbst. Sie kann hinterher nicht mehr dieselbe sein. Das erste Kommunistische Manifest, 1847/48 von Karl Marx und Friedrich Engels geschrieben, leitete die Geschichte der sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus berufenden kommunistischen Bewegung ein. Aber es schloß auch die Periode des „Bundes der Gerechten“ ab. An einem ähnlichen Punkt stehen wir heute.

KRISE, ARMUT UND REFORM DER SOZIALPOLITIK

HERBERT WIEDERMANN

Zu keinem Zeitpunkt hat es in Bremen so viele Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger gegeben wie gegenwärtig. 41 700 Arbeitslose wurden im Jahresdurchschnitt 1987 registriert. Seit mehr als drei Jahren liegt die Arbeitslosenquote über 15 Prozent. Die Dramatik der Situation wird daran deutlich, daß sich die Arbeitslosenzahlen seit 1980 nahezu vervierfacht haben¹.

Verschärft hat sich die soziale Lage der Betroffenen durch die Rotstiftpolitik der Bundesregierung: Immer mehr Betroffene erhalten immer weniger Unterstützungsleistungen. Nur noch jeder dritte Arbeitslose erhält Arbeitslosengeld. Ein weiteres Drittel muß mit der niedrigeren Arbeitslosenhilfe auskommen. Der Rest erhält überhaupt keine Leistungen vom Arbeitsamt und wird auf die Sozialhilfe verwiesen².

Über 50 000 Bremerinnen und Bremer müssen Sozialhilfe beziehen, davon erhalten über 9 000 die „Hilfe zum Lebensunterhalt“, weil der Arbeitsplatz „weggefallen“ ist. Fast jeder zweite der laufenden Hilfe ist jünger als 25 Jahre – in Bremen wächst eine

neue Armutsgeneration heran. Die Feminisierung der Armut hält an: Über 21 000 Frauen, überwiegend Alleinerziehende, sind auf die „Stütze“ angewiesen. Rund 130 000 Bremer Bürgerinnen und Bürger müssen ihr Leben auf dem Niveau der Sozialhilfe organisieren³ – eine Stadt in der Großstadt.

Dabei wird das „Armutspotential“ im Land Bremen noch anwachsen: Die Globalprognose der Senatskanzlei rechnet für Mitte der 90er Jahre mit rund 55 000 Arbeitslosen, trotz eines Bevölkerungsrückgangs um mindestens 85 000. Um sich die Größenordnung des Problems deutlich zu machen, genügt es, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß das „Armutspotential“ im Land Bremen größer ist als die Zahl der abhängig Beschäftigten in den größten Wirtschaftsgliederungen, im verarbeitenden Gewerbe (83 500) und im Handel (48 100) zusammen.

Deindustrialisierung, Bedeutungsverlust der maritimen Wirtschaftszweige und ein anhaltender Trend zur Dienstleistungsgesellschaft beschreiben stichwortartig die Krise und den Umbruch in der Wirtschaftsstruktur Bremens⁴. Die Folgen für die bremische Arbeiterklasse sind fatal: Deutlich erkennbar ist der Prozeß der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Der produktive Kern der Arbeiterklasse schrumpft. Trotz des Wachstums an Beschäftigung im Straßenfahrzeugbau und der Luft- und Raumfahrtindustrie ging in Bremen die Zahl der sozialversicherungsspflichtigen Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe von 92 500 (1980) auf 83 700 (1987) zurück⁵.

Eine Grauzone von Unterbeschäftigung, Zwischenbeschäftigung und Dauerarbeitslosigkeit entsteht. An den beiden Polen flexibler und individualisierter Unterbeschäftigung sowie dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausgeschiedener Arbeiter und Angestellter sammeln sich immer mehr Menschen. Schon heute sind fast ein Drittel der Bremer Arbeiterklasse aus den gesellschaftlichen Verhältnissen ihrer Klasse ausgegrenzt.

Die naive Annahme, daß durch die Kollektivverfahren der Verelendung Klassenkampfdynamik ausgelöst wird, hat sich bis heute weder in Bremen noch in der Bundesrepublik oder sonstwo in den kapitalistischen Ländern Westeuropas erwiesen⁶. Im Gegenteil: Die neue Armut zersplittert, individualisiert die Menschen im bisher unbe-

kannten Ausmaß⁷. Massenarbeitslosigkeit und neue Armut werden den Menschen als persönliches Schicksal aufgebürdet. Die Strukturveränderung der Arbeiterklasse bewirkt, daß die armutserfahrenen, klassengeprägten Lebenszusammenhänge mit ihren entlastenden Gegendeutungen, Abwehr- und Unterstützungsformen verlorengehen. Das Kollektivschicksal von großen Teilen der Klasse wächst hinüber zum persönlichen Schicksal.

Die Gewerkschaften als größte Arbeitnehmerorganisation haben aus unterschiedlichen Gründen heraus große Probleme der Mobilisierung der Mitglieder zur Erzeugung politischen Drucks mit dem Ziel der Verbesserung der Beschäftigungsgrundlage. Eine breite Mobilisierung erreichen die Gewerkschaften in Bremen nur dann, wenn bereits bestehende Arbeitsplätze verteidigt werden, wie z. B. bei der Schließung der Werft „AG-Weser“. Die Interessen der von Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut Betroffenen werden von der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nur sehr unzureichend vertreten⁸. Die Gewerkschaften verfügen über nur geringe Zugänge zu Arbeitslosen und von neuer Armut Betroffenen. Ihre Hilfsangebote werden nur begrenzt angenommen. Die Folge: Massenarbeitslosigkeit und neue Armut stellen zur Zeit in Bremen kein nennenswertes Kampf- oder Krisenpotential dar, das die politischen Verhältnisse gefährden könnte.

REAKTIONEN DER POLITIK

Helmut Kohl 1985: „Ich kann nicht erkennen, daß die Armut zunimmt.“ Der Bundesarbeitsminister Norbert Blum geht weiter: „Wir haben hierzulande keine neue Armut, sondern eher einen neuen Wohlstand.“

Der neokonservative Glaubenssatz der Sozialpolitik klingt einfach: Nicht Massenarbeitslosigkeit führt zu den Finanzierungs- und Funktionsproblemen der sozialpolitischen Apparate, sondern es ist die Sozialpolitik selbst, die Arbeitslosigkeit auslöst. Die nichtmarktkonformen Interventionen des Sozialstaates bringen den Gleichgewichtszustand des Marktsystems ins Wanken. Die überzogenen konsumtiven Sozialleistungen belasten den Bundeshaushalt und verhindern Investitionen in anderen Bereichen, verengen die Gewinnmaschinen der Unter-

nehmen durch steigende Lohnnebenkosten und bewirken eine anhaltende Investitionsschwäche, lähmen den Leistungswillen der Tüchtigen, der durch hohe Sozialabgaben bestraft wird, während die Faulen durch hohe Transferleistungen keinen Impuls zur Arbeit erhalten⁹.

Der neokonservativen Krisendiagnose folgt ein ebenso *reaktionärer Therapieverschlagn*: Damit sich Leistung wieder lohnt, muß der Markt von den Fesseln des Sozialstaates befreit werden. Insofern macht der Sozialabbau auch wirtschaftspolitisch Sinn: Durch die Kürzung der staatlichen Transferleistungen wird Arbeitslosigkeit so hart spürbar, daß ein faktischer Zwang zur Arbeitsaufnahme unter allen Bedingungen (geringere Entlohnung, Dequalifizierung, schlechte Arbeitsbedingungen, flexible Arbeitszeit) entsteht.

Konservative Sozialpolitik zielt im Kern auf die Privatisierung sozialer Problemlagen und Dienstleistungen. Soziale Dienstleistungen sollen zunehmend von privaten Anbietern auf dem freien Markt erbracht werden. Da dadurch nur ein Teil der sozialen Problemlagen und Bedarfe abgedeckt wird, sollen Subsidiarität¹⁰ und Selbst-

¹ Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung: Wirtschaftsdaten 1988, Bremen 1988, S. 21.

² Vgl. Arbeiterkammer Bremen: Neue Armut in Bremen, Bremen 1986, S. 9.

³ Vgl. H.-G. Hoppensack: Langzeitarbeitslosigkeit und soziales Netz, in: Förderwerk e. V. (Hrsg.): Wohlfahrtspflege und Massenarbeitslosigkeit, Bremen 1988, S. 47.

⁴ Vgl. H. Heselner: Zu neuen Ufern? – Bremens Arbeitsmarkt zwischen Stagnation und Dynamik, in: Kooperation Universität – Arbeiterkammer Bremen (Hrsg.): Stadtstaat im Umbruch (Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Finanzen in Bremen), Hamburg 1987, S. 11–31.

⁵ Senator für Arbeit: Informationen zum Arbeitsmarkt des Landes Bremen, Bremen (Mai 1988).

⁶ Vgl. C. Ofte: Sozialstaat und Beschäftigungskrise (Probleme der Sicherung der sozialen Sicherung), in: R. G. Heinze/B. Hombach/H. Scherf: Sozialstaat 2000 (Auf dem Weg zu neuen Grundlagen der sozialen Sicherung), Bonn 1987, S. 56.

⁷ Vgl. zum internationalen kommunistischen Diskurs: Wie die Arbeiterklasse auf die zunehmende soziale Ungerechtigkeit reagiert (Internationales Impulsium in Prag), in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 3/1988, S. 656–666.

⁸ Vgl. U. Beck: Risikogesellschaft (Auf dem Weg in eine andere Moderne), Frankfurt/M. 1986, S. 143–151.

⁹ Vgl. St. Leibfried/F. Tennstedt: Die Spaltung des Sozialstaats und die Politik der Armut, in: dies. (Hrsg.): Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt/M. 1985, S. 18 ff.

¹⁰ Vgl. H. Girsch (Hrsg.): Wie es zu schaffen ist (Agenda für die Deutsche Wirtschaftspolitik), Stuttgart 1983.

Kritisch: E. Reidegeld: Sozialpolitik am Wendepunkt (Umriss der Antiwirtschaftsdebatte), in: Soziale Sicherheit, Heft 6/1983, S. 161 ff.

¹⁰ Vgl. aus neokonservativer Sicht: W. Remmers: Subsidiarität – Mit der Zukunft rechnen, in: Bundesarbeitsblatt 3/1983, S. 5 ff. Kritisch: E.-U. Huster: Subsidiarität – Historische und systematische Aspekte zu einem Leitprinzip in der Sozialpolitik, in: WSI-Mitteilungen, Heft 7/1985, S. 370–378.